

Peter-Georg Albrecht, Ricarda Schaaf, Marcel Böge

Engagement und Demokratiestärkung: Ausprägungen eines besonderen Handlungsaspekts des freiwilligen Engagements in Deutschland – untersucht am Beispiel des Umweltschutzengagements –

Einleitung

Freiwilliges Engagement ist »unverzichtbar für eine gelingende und lebendige Demokratie«, konstatiert die aktuelle Untersuchung zum Freiwilligen Engagement in Deutschland (Simonson et al 2021, S. 6). Wie ein solcher Beitrag für die Demokratie, operationalisiert als Handlungsaspekt des freiwilligen Engagements, allerdings aussieht, ist in den letzten Jahren wenig beforscht worden. Das muss verwundern, haben populistische, extremistische und antidemokratische Artikulationen und Aktivitäten in Deutschland doch Konjunktur. Die Vermutung liegt nahe, dass auch populistische, extremistische und antidemokratische Einstellungen und Verhaltensweisen ins freiwillige Engagement Eingang finden.

Die aktuelle Studie der Hochschule Magdeburg-Stendal »Nachhaltig leben und sich demokratisch engagieren« nähert sich am Beispiel des freiwilligen Engagements im Umweltschutz dieser Problematik (Albrecht 2021). Die beteiligten Forscher*innen und Erwachsenenbildner*innen untersuchen und rekonstruieren qualitativ, wie die allseits für wichtig gehaltene und immer wieder erwähnte »Demokratiestärkung des bürgerschaftlichen Engagements« eigentlich von den Engagierten selbst verstanden und gelebt wird.

Forschungsfragen und Forschungsdesign

In problemzentrierten Interviews der Magdeburger Studie wurden die Befragten konkret zu Erfahrungen und Beispielen für umweltschädigendes Verhalten und umweltschädigende gesellschaftliche Strukturen, individuelle Umweltfrevel und Umweltcourage, Zwangsanwendungsbedarf und Strukturen zur Rettung der Welt, Regierungsaufgaben, Strafen und Anreize gefragt. Die Befragten waren freiwillig Engagierte in verschiedenen Handlungsfeldern des Umweltschutzes und der nachhaltigen Entwicklung, d.h. u.a. in der Umweltbildung, im Recycling, im Naturschutz, im umweltfreundlichen Verkehr und in der ökologischen Ernährung ehrenamtlich tätig; Frauen und Männer, Jüngere und Ältere - und zumeist Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen.

Die Auswertung der volltranskribierten Interviews der Befragung erfolgte nach den Regeln der sogenannten Grounded Theory Method (Strauss und Corbin 1996), nach der bereits erste In-

interviews ausgewertet werden können, bevor im Sinne einer theoriegeleiteten Auswahl (theoretical sampling) weitere Interviews einbezogen werden. Schrittweise wurden diese Interviews offen, axial und selektiv kodiert, verglichen und kategorisiert.

Erste Ergebnisse

Umweltschädigendes Verhalten reicht für die Engagierten von vorsätzlicher illegaler Abfallentsorgung bis zu unbedachtem – von ihnen zumeist »unbewusst« genanntem Ressourcenverbrauch; unter anderem durch »zu viel Autofahren«.

Umweltschädigende Strukturen finden sich für sie sowohl im staatlichen Sektor als auch in der Wirtschaft wie bspw. im Transportwesen und in der Produktion. Gerade letztere setzt zum Zwecke regelmäßigen Umsatzes zu sehr auf »kurzlebige Güter« mit »geplanter Obsolenz«, die noch dazu durch Werbung angeheizt wird, um alte Produkte »moralisch zu verschleifen«.

Menschliche *Umweltfrevel* haben die Form kleiner Hinterlassenschaften und großer Fußabdrücke und reichen vom »unbewussten« Kauf von Lebensmitteln in Plasteverpackung und Kohlestromnutzen über das Autofahren, Flugzeug nutzen und Kreuzfahrten machen bis hin zur bewussten Vermüllung der Landschaft mit fallengelassenen Verpackungsrestern und Überbleibseln und gezielt illegal entsorgtem Haus- und Gewerbeabfall.

Um dies abzustellen bzw. zu verringern, sollte– neben staatlichem Handeln – auch individuelle Umweltcourage praktiziert werden. Die Befragten engagieren sich jedoch bei Übertretungen und Unachtsamkeiten weniger spontan und wirkungsvoll als gedacht. Sie wollen nicht zu offensichtlich Kritik üben, kompensieren das Vergehen eher unbeobachtet (z.B. durch Müllbeseitigung) und die Unachtsamkeit durch eigenes umweltschonendes Verhalten. Sie verstehen ihr Engagement eher als Angebot, als Vorbildhandeln, als einen anderen, alternativen, auch möglichen, leicht richtigeren Weg zur »Rettung der Welt«.

Etwas durchzusetzen, liegt ihnen fern. Das sollen Gesetze leisten, die nicht nur verbieten, sondern auch belohnen müssten. Sie selbst wollen eher zeigen, wie es auch gehen könnte; und für den Umweltschutz sensibilisieren.

Im »Kleinen« vorleben statt »groß« durchsetzen

Eine Befragte sagt: *»Ich halte nichts von Bestrafungen. Zuckerbrot und Peitsche finde ich nicht geil. Das will keiner von uns. (...) Wir haben uns (doch) nicht umsonst so emanzipiert, sind so laut geworden und haben (heute) die Möglichkeit, alles zu äußern, um uns (...) bestrafen zu lassen!«*

Insgesamt sind aus Sicht aller Befragten die umweltschädigendsten Personen ja vor allem Manager, Aktionäre und Lobbyisten bestimmter Industrien, die zum Zwecke der Gewinnmaximierung umweltschädigende Produktabsprachen treffen und so das Angebot manipulieren; neben den vielen unbewusst Konsumierenden, die noch aufgeklärt werden müssen.

Aufklärung – die »nichtbeschönigende absolute Wahrheit« aber auch »Lösungen«, die sich im »Kleinen« und »gleich heute« umsetzen lassen – sind für die Befragten auch der Kern von

Strukturen zur Rettung der Welt, damit sich bessere Angebote wie Bioprodukte »unverpackt und pastikfrei« und der ÖPNV durchsetzen können.

Ge- und »Verbote« werden als nur wenig oder bedingt wirksam angesehen, weil sie zumeist um- oder hintergangen werden; wobei Verbote für die Engagierten im Sinne von »Gegen-Bewegungen« als noch ungünstiger als »Pro-Bewegungen« im Sinne von Empfehlungen sind.

Voraussetzung solcher »Vorschriften« sind und bleiben für sie Gesetze, aufgrund derer Steuern und Abgaben erhoben und Subventionen und »Bonis« ausgereicht werden können; zum Abstellen von Umweltschädigungen und zur Förderung von Umweltschonung.

Relativierend lehnen die Befragten auch »Strafen« ab; sinnieren aber über die Verstaatlichung des einen oder anderen umweltschädigenden Unternehmens. Sie halten allzu hohe Forderungen, Zwang und Strafen für Unternehmen für unangemessen, weil diese mit dem Argument der Arbeitsplatzgefährdung abgelehnt werden bzw. wenig Wirkung entfalten; beklagen aber die Steigerung der Produktionsspiralen (die sich »immer weiter« drehen). Sie sind – siehe Zitat – gegen Verbote; wollen aber staatliche »Kalte-Wasser-Aktionen« und »Fingerschnipp-Dinger« wie das Plastetütenverbot im Handel, weil die Gesellschaft veränderungsfähig ist. Der Relativierung (von Zwanganwendung) folgt immer wieder die Gegenrelativierung...

Einzig »Anreize« von außen überzeugen Unternehmen, finanzielle Anschübe, Förderungen und Belohnungen, die dann vielleicht auch ihre Unternehmensphilosophie ändern. Und Gemeinschaftsaktivitäten, für die sich die ehrenamtlich in der Umweltschonung Aktiven in Hilfe zur Selbsthilfe gegenseitig materiell unterstützen und moralisch stärken.

Die in der Magdeburger Studie Befragten wollen vor allem durch ihr »Zeigen« zum Mitmachen motivieren. Im »Kleinen« vorleben, was geht, und Erfolgserlebnisse vermitteln, aber auch etwas verkaufen und so Wünsche befriedigen bzw. ehrenamtlich helfen und eine »Freude machen«. Und dabei selbst immer mehr lernen bzw. sich kreativ und kunsthandwerklich sowie technikerkundend handwerklich betätigen.

Erkenntnis

Die Befragten sind gegenüber Demokratiestärkung eigentümlich defensiv und zurückhaltend. »Demokratie stärken« bedeutet für sie nicht, sich für eine starke Demokratie, die sich auch wehrt und verteidigt, einzusetzen. Sie negieren einen wichtigen demokratischen Handlungsaspekt bei Gefährdungen wie Populismus, Extremismus und Demokratiegegnerschaft, aber auch bei Umweltschädigung, Ressourcenverbrauch und Klimanotstand. Und verbleiben lieber beim zweiten, dem beteiligungsorientierten demokratischen Handlungsaspekt, der vor allem auf Partizipationsförderung ausgerichtet ist: transparent, offen und einbeziehend, auf Politik und Engagement Lust machend; gegen Engagement- und »Politikverdrossenheit« sowie »nachlassende Bindekraft etablierter Organisationen« und Interessenvertretungen (wie Rucht schon 2011, S. 559, konstatierte).

Ihre offensichtliche Abwehr und Relativierung von Umweltschädigungskritik, Umweltschädigungsprotest, Umweltschädigungssahndung und Umweltschutzdurchsetzung als vier engagementimmanente und politiknotwendige Eigenschaften zur Stärkung der Demokratie liest sich vor dem Hintergrund der gravierenden Umweltschäden, des überbordenden Ressourcenverbrauchs, des anstehenden Klimanotstands und der überaus knappen Zeit, um umzusteuern, sowie vor dem Hintergrund offensichtlich umweltschädigender Personen und Organisationen eigentümlich halbherzig und inkonsequent. Fehlen ihrem Engagement doch vor allem die Eigenschaften, die notwendig sind, wenn etwas oder jemandem eigentlich deutlich zu widersprechen wäre.

Die Befragten tun gern Gutes und sprechen darüber; sie sind für einige wenige Verbote, aber keinen Zwang, lassen aber wenig Mut zu Kritik, Protest, Ahndung und vor allem Durchsetzungswille im Sinne einer Art »Umweltcourage« erkennen.

Sie zeigen sich in Bezug auf ihr Leben und ihr Engagement »immer radikal, aber niemals konsequent«, wie politisch engagierte Menschen in der Geschichte immer wieder einmal über sich sagten – wie bspw. Walter Benjamin (1991, S. 425).

Literatur

Albrecht, Peter-Georg (2021). Nachhaltig leben und sich demokratisch engagieren. Eine problemzentrierte Studie. Forschungsdesign und Forschungsfragen. Magdeburg und Stendal: Hochschule Magdeburg-Stendal.

Benjamin, Walter (1991). Briefe. Herausgegeben von Gershom Scholem und Theodor W. Adorno. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Deutscher Bundestag (2002). Bericht der Enquete-Kommission »Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements«. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (Drucksache 14/8900). Berlin: Deutscher Bundestag.

Rucht, Dieter (2011). Soziale Bewegungen. In Dieter Nohlen & Florian Grotz (Hrsg.), Kleines Lexikon der Politik. (S. 556-559). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Simonson, Julia, Kelle, Nadiya, Kausmann, Corinna, Karnick, Nora, Arriagada, Celine, Hagen, Christine, Hameister, Nicole, Huxhold, Oliver, & Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2021). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des fünften deutschen Freiwilligenurveys FWS 2019. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Siehe <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176836/7dffa0b4816c6c652fec8b9eff5450b6/frewilliges-engagement-in-deutschland-fuenfter-freiwilligenurvey-data.pdf>. Zuletzt eingesehen am 05.05.2021.

Strauss, Anselm, & Corbin, Juliet (1996). Grounded theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz Verlag und Psychologie-Verlags-Union.

Autor*innen

***Dr. Peter-Georg Albrecht** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule Magdeburg-Stendal. Er arbeitet zu demokratietheoretischen und soziologischen Fragen zivilgesellschaftlicher, öffentlicher und politischer Akteure. Marcel Böge und Ricarda Schaaf sind studentische Mitarbeiter*innen im laufenden Forschungs- und Entwicklungsprojekt »Nachhaltig leben und sich demokratisch engagieren«. Das Projekt wird gefördert durch das Bundesprogramm »Demokratie leben« und die Partnerschaft für Demokratie der Landeshauptstadt Magdeburg.*

Kontakt: peter-georg.albrecht@h2.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de